



Eine Stärkung der Öffentlichen Gesundheit (Public Health) verbessert die Bevölkerungsgesundheit und macht die Gesellschaft gerechter

Auch wenn jeder Mensch viel für die eigene Gesundheit tun kann, so sind doch wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen entscheidend für die Gesundheit der Bevölkerung. Politische Entscheidungsträger gestalten diese Rahmenbedingungen durch die Schaffung gesetzlicher Grundlagen, die Bereitstellung objektiver und verlässlicher Informationen und die Gestaltung von Infrastruktur wesentlich mit. Damit fördern Sie nicht nur die Gesundheit, sondern auch die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung.

Öffentliche Gesundheit (Public Health) identifiziert gefährdende und fördernde Einflüsse auf die Bevölkerungsgesundheit und setzt dieses Wissen ein, um die Gesundheit zu schützen und zu verbessern.

Die Steuerungsgruppe des Zukunftsforums Public Health als eine interessen- und fachübergreifende Gruppe von Expertinnen und Experten für Öffentliche Gesundheit empfiehlt die folgenden Schritte, um die Bevölkerungsgesundheit zu sichern und zu stärken. Ziel ist es, dass diesen Empfehlungen in den anstehenden Koalitionsverhandlungen Beachtung geschenkt wird.

Gesundheit fördern

Das vor zwei Jahren in Kraft getretene Präventionsgesetz hat ausdrücklich zum Ziel, Prävention in die Lebenswelten zu tragen, die gesundheitliche Chancengleichheit zu erhöhen und die Öffentliche Gesundheit auf Bundesebene weiterzuentwickeln. Mit dem für 2019 geplanten Präventionsbericht sollen Weiterentwicklungsbedarfe identifiziert werden, um gegebenenfalls mit entsprechenden Maßnahmen auf gesetzlicher oder untergesetzlicher Ebene reagieren zu können. Das Präventionsgesetz stellt damit eine umfangreiche Strategie zur Förderung der öffentlichen Gesundheit dar. Leider führt der Öffentliche Gesundheitsdienst im beschlossenen Präventionsgesetz ein Schatten-dasein.

Empfehlungen für die nächste Bundesregierung:

- Der Öffentliche Gesundheitsdienst sollte bei der Umsetzung des Präventionsgesetzes in den Ländern mit seiner Expertise stärker einbezogen werden.
- Die vorbereitende und begleitende Public-Health-Forschung an Universitäten und außer-universitären Forschungseinrichtungen muss gestärkt werden um Präventionsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die an Kriterien der wissenschaftlichen Evidenz und Transparenz ausgerichtet sind.

Personal qualifizieren

Es fehlt an ausreichendem Personal in vielen Disziplinen und Bereichen der öffentlichen Gesundheit in Deutschland. Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte in den Gesundheitsämtern ist in den letzten 20 Jahren um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Um staatliches Handeln in der Öffentlichen Gesundheit sicherzustellen, braucht Deutschland Fachärztinnen und Fachärzte sowie mehr besser ausgebildete Expertinnen und Experten mit Bezügen zu Öffentlicher Gesundheit.



Empfehlungen für die nächste Bundesregierung:

- Stärkung der Öffentlichen Gesundheit durch bessere Integration in das Medizinstudium (Medizin 2020) und die ärztliche Weiterbildung.
- Einrichtung von Lehrstühlen für Öffentliche Gesundheit an Medizinischen Fakultäten.
- Ausbau und Erweiterung der interdisziplinär angelegten Public-Health-Fakultäten und -Studiengängen an Hochschulen und Universitäten.
- Für den Nachwuchs planbare und verlässliche Karrierewege im Bereich Öffentliche Gesundheit schaffen.

Staatliche und kommunale Einrichtungen stärken

Der Öffentliche Gesundheitsdienst leistet einen unverzichtbaren Beitrag für den Schutz, die Förderung und Versorgung der Öffentlichen Gesundheit in Deutschland, sein Aufgabenspektrum wird seit Jahren kontinuierlich erweitert. Für die grundsätzlich auf Bundesebene gesetzlich festgelegten verpflichtenden Leistungen (z.B. Infektions-, Kinder- oder Prostituiertenschutzgesetz) fehlen Richtlinien der Qualitätssicherung der Maßnahmen durch staatliche und kommunale Einrichtungen.

Empfehlungen für die nächste Bundesregierung:

- Die Funktionsfähigkeit und Qualität der öffentlichen Gesundheitsdienste muss nachhaltig gesichert werden. Hierzu bedarf es tragfähiger Personal- und Finanzierungskonzepte.
- Der Öffentliche Gesundheitsdienst sollte zu einem zentralen Akteur für Gesundheitsförderung und Prävention aufgewertet und bei der Umsetzung des Präventionsgesetzes und der Planung einer bedarfsgerechten Versorgung stärker einbezogen werden.
- Die Bezahlung für Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst muss attraktiver werden.

Gesundheitsforschung fördern

Forschung im Bereich Öffentliche Gesundheit muss stärker in den Mittelpunkt der Forschungspolitik rücken, damit praxisrelevantes Wissen zur Förderung der gesundheitlichen Teilhabe geschaffen wird. Entscheidungsträger benötigen Wissen über Gesundheit und Strategien, wie begrenzter Ressourcen optimal eingesetzt werden. Entscheidungen müssen transparent sein. Dazu bedarf es systematischer Datenerhebungs- und Forschungsaktivitäten auf den unterschiedlichen Gebieten der Öffentlichen Gesundheit.

Empfehlungen für die nächste Bundesregierung:

- Translationale Versorgungs- und Präventionsforschung der großen Volkskrankheiten sollte auch im Bereich Öffentliche Gesundheit gestärkt werden.
- Digitale Daten unterschiedlicher Akteure sollten besser als bisher in Monitoring-Prozesse der Öffentlichen Gesundheit einbezogen werden. Das erfordert eine behutsame Anpassung beim Datenschutz.



- Öffentliche Gesundheit hört nicht an nationalen Grenzen auf. Daher soll die Gesundheitsberichterstattung auf europäischer und nationaler Ebene eng verzahnt werden um eine bessere regionalen Planung von bedarfsgerechten Versorgungsstrukturen sicherzustellen.
- Forschungsergebnisse, die wesentlich aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, müssen für alle zugänglich sein. Das kann durch eine Open-Access und Equitable-Licensing-Politik sichergestellt werden.

Globale Gesundheit verbessern

Was für unsere Gesundheit in Deutschland wichtig ist, gilt auch weltweit: Soziale Ungerechtigkeiten, Zerstörung der Umwelt und strukturelle Gewalt führen zu (internationalen) Konflikten und Gesundheitsproblemen. Unterausgestattete Gesundheitsdienste in armen Ländern, veränderte Lebens- und Umweltbedingungen, Warenketten und Reiseverkehr begünstigen neue Infektionsgefahren und neu auftretende große weltweite Epidemien.

Globalisierung und internationale Mobilität nehmen Einfluss auf die öffentliche Gesundheit auch in Deutschland. Es zeigt sich, dass damit verbunden Probleme häufig nicht regional oder lokal gelöst werden können. Ein besonders eindringliches Beispiel ist der globale Klimawandel, für den die wissenschaftliche Evidenz mittlerweile eindeutig ist. Seine Auswirkungen sind heute schon spürbar. Sie bedrohen Sicherheit, Wirtschaft und Gesundheit national und global.

Empfehlungen für die nächste Bundesregierung

- Deutschland muss international mehr Verantwortung übernehmen.
- Widersprüche zwischen verschiedenen Politikfeldern, wie beispielsweise Gesundheit und Wirtschaft, müssen abgebaut werden.
- Entscheidungen in allen Politikfeldern mit internationalem Bezug müssen auf ihre gesundheitlichen Auswirkungen hin geprüft werden.
- Deutschlands sollte weiterhin einen wichtigen Beitrag zur internationalen Sicherheit, insbesondere in Bezug zu internationalem Gesundheitsschutz und dem Kampf gegen Antibiotikaresistenzen leisten.
- Deutschland muss dringend seine führende Rolle bei der Eindämmung des Klimawandels einnehmen und ausbauen, um Öffentliche Gesundheit weltweit zu stärken und Fluchtursachen vorzubeugen.
- Deutschland muss sich personell und finanziell stärker in internationalen Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) engagieren.
- Deutschland muss sich für Chancengleichheit einsetzen, Diskriminierung abbauen und Gesundheitssysteme ärmerer Länder stärken.
- Chancengleichheit und Freiheit von Diskriminierung gelten auch national: Asylsuchende, Menschen ohne Papiere und alle EU-BürgerInnen müssen in Deutschland gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten wie gesetzlich Versicherte.



Im Auftrag der Steuerungsgruppe des Zukunftsforums Public Health
(www.zukunftsforum-public-health.de)

Dr. Peter Tinnemann, Akademie für öffentliches Gesundheitswesen,
Prof. Dr. Nico Dragano, Universität Düsseldorf,
Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann, Universität Greifswald,
Prof. Dr. Oliver Razum, Universität Bielefeld,
Dr. Ute Teichert, BVÖGD